

## 2. Aufgabe (Vorentlastung)

Die Euroskepsis nimmt je nach Land unterschiedliche Formen an. Sehen Sie sich das folgende Bild zu den Demonstrationen in Griechenland an und lesen Sie die untenstehende Unterschrift. Schreiben Sie Ihre Vermutungen zu den Fragen: Warum soll Griechenland Sparmaßnahmen ergreifen? Welche Ängste haben die griechischen BürgerInnen? Welche Lösung befürworten die meisten griechischen BürgerInnen?

Lesen Sie anschließend den Zeitungsartikel „Umfragen im Schuldenstaat“ auf Seite 2 dieser Aufgabe. Überprüfen bzw. korrigieren Sie Ihre Antwort anhand der Informationen aus dem Zeitungsartikel.



Wütende Griechen protestieren in Athen gegen die Sparmaßnahmen. Auch viele Rentner müssen in Zukunft mit deutlich weniger Geld rechnen (Welt v. 02.10.11, online abrufbar unter <http://www.welt.de>)

Ihre Antwort:

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

## Umfragen im Schuldenstaat

(Welt v. 02.10.11, online <http://www.welt.de/wirtschaft/article13638112/Griechen-rechnen-mit-Pleite-haengen-aber-am-Euro.html>)

### Griechen rechnen mit Pleite, hängen aber am Euro

In Griechenland greift die Hoffnungslosigkeit um sich. Eine große Mehrheit erwartet die Zahlungsunfähigkeit, will aber nicht zur Drachme zurückkehren.

Die meisten Griechen halten neuesten Umfragen zufolge eine Staatspleite ihres Landes für unabwendbar. So erwarten 67,3 Prozent der Befragten die Zahlungsunfähigkeit, wie eine repräsentative Befragung des Meinungsforschungsinstituts Kapa Research in der Athener Sonntagszeitung "To Vima" ergab.

70 Prozent wollen demnach aber in diesem Fall nicht, dass das Land die Eurozone verlässt. Nur knapp jeder Fünfte ist für die Wiedereinführung der alten Währung Drachme.

Mehrheitlich befürworten die Bürger der Umfrage zufolge auch Entlassungen im staatlichen Bereich. Dafür sprachen sich 58,9 Prozent aus. Dagegen äußerten sich 40 Prozent. Neun von zehn Befragten sind für die Verschlankung des Staates durch die Fusion verschiedener Behörden.

60 Prozent sind auch bereit, die neue Sonder-Immobiliensteuer in Höhe von im Schnitt vier Euro pro Quadratmeter für ihre Wohnungen zu zahlen – und das obwohl 75 Prozent der Befragten die Abgabe als ungerecht einstufen.

In einer anderen Umfrage, die in der Boulevardzeitung "Ethnos" am Sonntag veröffentlicht wurde, fürchten 56,4 der Befragten, dass das Land den wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht abwenden werde.

Knapp 50 Prozent der Befragten wollen demnach eine Koalition der beiden großen Parteien, der Sozialisten unter Ministerpräsident Giorgos Papandreou und der Bürgerlichen von der Oppositionspartei Nea Dimokratia unter Antonis Samaras. Diese Notstandsregierung könnte das Land möglicherweise besser aus der tiefen Krise führen.

Als eine Ursachen für die Misere – trotz der Hilfe aus anderen europäischen Ländern – sehen die Griechen die "Mutlosigkeit" der Regierung Papandreou. Zudem fordern 57 Prozent der Befragten die Gewerkschaften zu einem sozialen Frieden auf, damit das Land die Pleite abwenden könne.

### Beschäftigte über 60 tragen Hauptlast

Ältere Beschäftigte sollen die Hauptlast der geplanten Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst in Griechenland tragen. Darauf hätten sich die Regierung in Athen und Finanzexperten der Troika geeinigt, berichtete der private Fernsehsender Mega unter Berufung auf Regierungskreise.

Vertreter von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) hätten dem Vorschlag zugestimmt, dass die meisten der Kürzungen über 60 Jahre alte Staatsdiener kurz vor der Rente betreffen sollen,

Das Kabinett muss der Vereinbarung noch zustimmen, dafür ist an diesem Sonntagabend eine Sitzung geplant. Den Vorschlag hatten Finanzminister Evangelos Venizelos und der Minister für Reformen im Öffentlichen Dienst, Dimitris Reppas, erarbeitet.

Bis Ende des Jahres sollen in Griechenland im öffentlichen Dienst 30.000 Stellen gestrichen werden. Bis zu 23.000 ältere und kurz vor der Rente stehende Beamte würden demnach Ende des Jahres in eine sogenannte Reserve-Stellung mit geringerer Bezahlung versetzt, weitere 7.000 Stellenkürzungen sollen sich aus der Abschaffung oder Fusion von etwa 150 staatlichen Behörden ergeben.

Die Fusionen wurden bereits im vergangenen Jahr beschlossen, bislang aber kaum umgesetzt. In den wenigen Fällen, in denen es tatsächlich zu Fusionen kam, wurde bislang niemand entlassen.